

## Minister Schmit bestätigt ADR Positionen in der Asylpolitik

*Pressemitteilung vom 20. Januar 2017*

Die jüngsten Erklärungen von Minister Schmit zur Asylpolitik bestätigen erneut die Richtigkeit der ADR-Positionen zur Asylpolitik. Die ADR hat von Anfang an eine andere Haltung zur Immigration gefordert. Die größtenteils unkontrollierte Masseneinwanderung ist ein Resultat einer falschen und rechtlich bedenklichen Entscheidung der deutschen Bundesregierung. Die luxemburgische Regierung, allen voran Außenminister Jean Asselborn, wie auch die CSV haben sich diese verfehlte Politik zu eigen gemacht und tragen daher eine Mitverantwortung.

Die ADR fordert erneut, der illegalen Einwanderung nach Europa umgehend ein Ende zu bereiten. Die Konsequenzen der Einwanderung auf die nationale Sicherheit und auf die Sozialsysteme sind bereits jetzt äußerst schwerwiegend. Wirtschaftsflüchtlinge haben keinen Platz in Europa. Personen, die unter die Asylrechtskonvention von 1951 fallen, sowie Personen, die unter den Schutz von Zivilpersonen nach den Genfer Konventionen fallen, müssen dem Völkerrecht gemäß behandelt werden, haben jedoch auch kein automatisches Recht auf eine Einreise nach Europa. Eine humane Behandlung aller betroffenen Personen während aller Stadien der rechtlichen Verfahren versteht sich von selbst.

Die ADR verlangt:

- eine Abkehr von der Quotenregelung zur Verteilung von Flüchtlingen in der EU und eine Schließung der Außengrenzen für illegale Immigration;
- eine großzügige Unterstützung von Kriegsflüchtlingen in ihren Heimatländern oder in deren unmittelbarer Umgebung;
- die Prüfung von Asylanträgen nach der Konvention von 1951 durch die diplomatischen Vertretungen im Herkunftsland des Antragstellers;
- ein Stopp der automatischen Familienzusammenführung in Europa;
- eine konsequente und zeitnahe Rückführung abgelehnter Asylbewerber;
- Maßnahmen, um den Asyltourismus aus dem Balkan definitiv zu beenden;
- eine Straffung aller administrativen und juristischen Prozeduren auf maximal zwei Wochen.

Die ADR wird des Weiteren auf einer sofortigen Einberufung des außenpolitischen Ausschusses des Parlaments bestehen.